

gangenen Jahres stattfand und der nächste im Zusammenhang mit der breiten öffentlichen Diskussion über die Direktive des X. Parteitagess zum Fünfjährplan 1981-1985 geplant ist, unter der Leitung des Sekretariats der Kreisleitung.

Feste Position der Parteileitung

Die zweite Erfahrung. Bevor sich die Genossen der vier Grundorganisationen in ihren Mitgliederversammlungen und in den Arbeitskollektiven mit diesen Problemen auseinandersetzen, die mit der Einführung der Schwedter Initiative auf sie zukommen und die sie bewältigen müssen, hielt es das Sekretariat für notwendig, daß sich die Parteileitungen zu einem einheitlichen Standpunkt durchringen. Auf Beschluß des Sekretariats wurden deshalb Parteileitungssitzungen durchgeführt, an denen Mitglieder des Sekretariats und der Kommission Territoriale Rationalisierung teilgenommen haben.

In diesen Leitungsberatungen hat es einen regelrechten Meinungsstreit gegeben. An seinem Beginn wurde die grundsätzliche volkswirtschaftliche Bedeutung der Schwedter Initiative nicht sofort von allen Genossen erkannt. In der Parteileitung der Zwickauer Maschinenfabrik zum Beispiel teilten anfangs nur der Parteisekretär und der Betriebsdirektor die Auffassung des Sekretariats. Das traf auch auf andere Parteileitungen zu.

Als wir die Genossen in der Diskussion darauf verwiesen, daß die Zwickauer Maschinenfabrik gegenwärtig weder in der Lage ist, den ständig wachsenden Inlandsbedarf mit ihren begehrten Erzeugnissen zu decken noch die großen Exportanforderungen zu bewältigen, wurde tiefer darüber nachgedacht, wie, auf welchem Wege, der erforderliche Leistungszuwachs zu erreichen ist. Da wurde auch klar: Die durch die Schwed-

ter Initiative frei werdenden Arbeitskräfte braucht man, um den notwendigen wissenschaftlich-technischen Vorlauf zu sichern. Man muß die besten Arbeiter aus vielen Kollektiven herauslösen und sie für den Aufbau eines leistungsfähigen Rationalisierungsmittelbaus, innerbetrieblicher Bauabteilungen sowie für die bessere Auslastung hochproduktiver Maschinen und Anlagen gewinnen.

Daraus ergibt sich die dritte Erfahrung. Die Kreisleitung weist die Parteiorganisationen immer wieder darauf hin, daß sie die politische Arbeit nicht auf die Werk tätigen beschränken sollen, die ihren gewohnten Arbeitsplatz und damit ihr altes Arbeitskollektiv verlassen, mit dem sie fest verwachsen sind. Die Schwedter Initiative geht alle an. Die Parteileitungen müssen alle Werk tätigen informieren und sich besonders mit jenen Arbeitskollektiven beschäftigen, aus denen Werk tätige ausgegliedert werden. Sie gilt es in jeder Beziehung darauf vorzubereiten, mit weniger Arbeitskräften mehr zu produzieren.

Es geht darum, keine Lücken entstehen zu lassen und alle Bedingungen zu schaffen, damit der erforderliche Leistungszuwachs in jedem Arbeitskollektiv gesichert wird. Viele werden sich darum dafür qualifizieren, neue Produktionstechnologien und moderne Maschinen zu beherrschen oder sich die fachlichen Kenntnisse eines zweiten Berufes anzueignen.

Wenn sich die Genossen der Parteiorganisation im VEB Sachsenring Automobilwerke die Aufgabe stellen, im Fünfjahrplanzeitraum 890 Arbeitskräfte und davon über 460 noch im Jahr 1981 für das neue Gelenkwellenwerk in Mosel freizusetzen, so ist das ein Ausdruck des gewachsenen Bewußtseins.

Herbert Bleyl

Sekretär der Kreisleitung Zwickau-Stadt der SED

Leserbriefe

Wohnbezirksausschuß und dem Parteiaktiv wurden für die ständige Betreuung der Hausgemeinschaften Genossen, Freunde der Blockparteien, Abgeordnete sowie Wirtschaftsfunktionäre eingesetzt. In der Regel betreut ein Genosse gemeinsam mit dem Abgeordneten drei bis fünf Hausgemeinschaften. Wir haben diesen Weg beschränkt, um die Arbeit der Hausgemeinschaften zu entwickeln. Besondere Aufmerksamkeit gebührt den Eingaben, Vorschlägen und Hinweisen der Bürger. Es entspricht dem Grundanliegen unserer Partei, alles zu verändern, was be-

rechtigt kritisiert wird, aber auch ehrlich zu sagen, was gegenwärtig noch unsere Kräfte übersteigt. Erscheinungen der Verantwortungslosigkeit, Gleichgültigkeit und Herzlosigkeit gegenüber Bürgern sind mit dem Wesen unserer Politik unvereinbar.

Als Einwohner eines Grenzkreises sind wir uns dessen bewußt, daß der Klassenfeind nichts unversucht läßt, um mit übler Hetze auf unsere Menschen einzuwirken. Deshalb sehen wir eine unserer wichtigsten Aufgaben darin, alle Bürger zu befähigen, die Demagogie des Klassenfeindes klar zu durchschauen

und seine Argumente zu widerlegen. 110 Wahlhelfer und 50 Agitatoren aus dem Betrieb unterstützen allein im Wohnbezirk I der Stadt Ruhla mit Parfauftrag die Wahlvorbereitung und die Wahl am Wahltag selbst. Unser Ziel besteht darin: Jeder wahlberechtigte Bürger unseres Territoriums gibt am 14. Juni seine Stimme den Kandidaten der Nationalen Front! Dafür setzen wir unsere ganze Kraft ein.

Karl Hellbach
Mitglied der Parteileitung im VEB
Uhrenwerke Ruhla und
Vorsitzender des Stadtausschusses der Nationalen Front
Ruhla, Kreis Eisenach